

# Bewerbungsrede Thorben Albrecht zur Wahl des Vorsitzenden des DGB NRW



**05. Dezember 2025**

**SPERRFRIST: Beginn der Rede, ca. 14.30 Uhr**

Es gilt das gesprochene Wort.

## **Thorben Albrecht:**

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,  
liebe Yasmin,  
liebe Anja,  
und vor allem: Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich freue mich, heute zu Euch zu sprechen und mich für den Vorsitz des DGB NRW zu bewerben. Ich will – dafür trete ich an – gemeinsam mit Euch die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in NRW vertreten. Und die Zukunft dieses Landes mitgestalten.

Für mich wäre das auch eine schöne Rückkehr. In das Bundesland, in dem ich meine ersten beruflichen Stationen und meine ersten politischen Ämter hatte.

Ich war in den letzten Wochen und Monaten wieder viel in Nordrhein-Westfalen unterwegs und habe mit Kolleginnen und Kollegen aus verschiedenen Branchen und Bereichen gesprochen. Und bei allen Unterschieden, die es natürlich gibt, wurde überall deutlich: Der DGB und seine Gewerkschaften sind eine starke Kraft in Nordrhein-Westfalen.

Egal, ob auf Landesebene, in den Regionen oder vor Ort in den Städten und Kreisen – die Kolleginnen und Kollegen im DGB stehen zusammen und sprechen mit einer starken Stimme. Und das ist – ich denke, ich darf das sagen – nicht nur die starke nordrhein-westfälische Kultur und Tradition, das ist auch ein Verdienst von dir, liebe Anja, und deiner Arbeit in den letzten acht Jahren. Vielen Dank dafür!

Dem DGB eine starke Stimme zu geben, ist mein erklärtes Ziel. Einigkeit nach innen und Stärke nach außen gehören für mich zusammen. Dabei entsteht Einigkeit nicht durch „Ansagen von oben“, sondern durch gemeinsame Arbeit und durch Diskussionen, die kontrovers sein dürfen, aber konstruktiv geführt werden müssen. Wir haben morgen bei der Antragsberatung Gelegenheit, genau das zu machen: unsere Positionen zu überprüfen, zu aktualisieren und unser gemeinsames Programm für die nächsten vier Jahre zu beschließen. Und ich bin mir jetzt schon sicher, das wird ein richtig guter Austausch und mit richtig guten Ergebnissen.

Einigkeit und Stärke werden wir brauchen in den kommenden Jahren. Denn die Herausforderungen sind enorm und betreffen die Menschen und ihre Familien ganz direkt. In der Industrie bangen viele Kolleginnen und Kollegen um ihre Jobs und haben handfeste Existenzängste. Aber auch an allen anderen gehen die Versäumnisse der Vergangenheit und die Krisen der Gegenwart nicht spurlos vorbei.

Bahnen, die nicht fahren. Brücken, die nicht tragen. Kitas, die nicht öffnen. Ärzte, die schlecht erreichbar sind. Wohnraum, der fehlt oder den man kaum bezahlen kann – unsere Infrastruktur und unsere Daseinsvorsorge gehen zunehmend auf dem Zahnfleisch.

Und das hemmt nicht nur unsere wirtschaftliche Entwicklung und gefährdet Arbeitsplätze, das trübt auch das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in unseren Staat.

Und auch der Ton in den politischen Auseinandersetzungen wird schärfer - seien es Angriffe auf unseren Sozialstaat, auf die Mitbestimmung oder auf historische Errungenschaften der Arbeiterbewegung, wie den 8-Stunden-Tag. Hier werden wir gebraucht, hier müssen und werden wir gegenhalten!

Dass Beamtinnen und Beamte in NRW 41 Stunden die Woche arbeiten müssen, gehört wieder zurückgedreht. Und den Angriff auf das Arbeitszeitgesetz, den die Bundesregierung plant, müssen wir abwehren, liebe Kolleginnen und Kollegen. Überall muss gelten: 8 Stunden sind genug!

Die Herausforderungen sind groß, aber wir wären nicht der DGB, wenn wir uns davon unterkriegen lassen würden. Im Gegenteil! Diejenigen von Euch, die wie ich schon etwas länger dabei sind, kennen solche Zeiten. Als die Agenda 2010 verabschiedet wurde, habe ich beim DGB-Bundesvorstand gearbeitet, und kenne daher solche Abwehrkämpfe. Und auch in Euren Dienststellen, Büros und Betrieben müsst ihr häufig Unsinn der Arbeitgeber verhindern. Aber, und das macht mir Mut, aus Konflikten kann auch neue Stärke entstehen. Und neue Lösungen.

In der Agenda-Auseinandersetzung haben die Gewerkschaften nicht den Kopf in den Sand gesteckt, sondern ihre eigene Agenda weiterentwickelt und im Jahr 2010 hat der DGB die Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn beschlossen. Nicht als Ersatz für Tarifverträge, aber als Stütze für unter Druck geratene Tarifverträge und als notwendige Maßnahme gegen einen außer Kontrolle geratenen Niedriglohnbereich.

Und die Gewerkschaften haben diese Forderung durchgesetzt. Ich durfte dann 5 Jahre später als Staatssekretär im Bundesarbeitsministerium das Gesetz verantworten, mit dem der Mindestlohn eingeführt wurde und kann Euch sagen: das war bis zum Schluss ein Kampf. Aber am Ende hat sich der Kampf gelohnt, seitdem bekommen Millionen Beschäftigte mehr Geld für ihre Arbeit. Das war und ist ein enormer Erfolg der Gewerkschaften.

Und auch jetzt sind wir gefordert, auf aktuelle Entwicklungen zu reagieren. Nicht uns anzupassen, sondern Zukunft zu gestalten – im Betrieb und bei den politischen Rahmenbedingungen. Die Gestaltung der Arbeit im Strukturwandel im Sinne der Beschäftigten, das ist der rote Faden meiner bisherigen Arbeit in Politik und Gewerkschaften.

Zuletzt habe ich mich bei der IG Metall für eine ökologische, soziale und demokratische Transformation unserer Industrien eingesetzt. Und für die politischen Rahmenbedingungen, die wir brauchen, damit diese Transformation ein Erfolg wird – für das Klima, für die Wirtschaft und vor allem auch für die Beschäftigten.

Aber auch zum Thema Digitalisierung der Arbeit habe ich viel gearbeitet, zum Beispiel im Bundesarbeitsministerium, vielleicht erinnert sich noch jemand an den Dialogprozess „Arbeiten 4.0“. Und auch diese Erfahrungen möchte ich jetzt einbringen hier bei Euch, im DGB NRW.

Die Digitalisierung bekommt mit der Künstlichen Intelligenz gerade einen Schub, der unsere Arbeit in den kommenden Jahren stark verändern wird. In vielen Industrien und Dienstleistungsunternehmen – vor allem aber in der öffentlichen Verwaltung.

Und viel zu oft wird dabei naiv an Technologie geglaubt, werden vorschnell Personaleinsparungen gefordert. Aber das führt nur zu weiterer Arbeitsverdichtung - und eben nicht zu einer besseren Verwaltung. Das ist ein Irrweg und eine Sackgasse.

Stattdessen muss sichergestellt werden, dass Entscheidungen nicht an irgendwelche Blackboxes ausgelagert werden. Verantwortungsvolle KI-Nutzung bekommen wir nur, wenn die Beschäftigten frühzeitig beteiligt und befähigt werden. Wenn sie bei der Einführung von Anfang an dabei sind und mitbestimmen können. Denn nur wenn KI die Arbeit der Beschäftigten unterstützt, wirklich erleichtert und sie entlastet, wird es besser – für die Bürgerinnen und Bürger, die eine moderne Verwaltung wollen, und für die Beschäftigten, die zu Recht bessere Arbeitsbedingungen fordern.

Und in Zeiten der Veränderung, von Unsicherheit und auch Verunsicherung, da brauchen wir stabile Sozialsysteme. Wenn Ungleichheit wächst – ich komme da später nochmal drauf zurück – brauchen wir ausgleichende Gegenkräfte. Und ein starker Sozialstaat und soziale Dienstleistungen gehören dazu. Manche behaupten, den Sozialstaat können wir uns nicht mehr leisten. Ich sage, einen Sozialabbau können wir uns – gerade in diesen Zeiten – nicht leisten, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Das heißt aber auch, es muss Geld in die Hand genommen und in die Zukunft investiert werden. In die Infrastruktur wie Brücken und Breitband, aber auch in Bildung und Behörden. Ich bin froh, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, dass die Landesregierung sich hier auf den Weg macht. Aber natürlich ist klar: der Weg ist noch lange nicht zu Ende.

Wir brauchen deutlich höhere Investitionen in Infrastruktur und Bildung in den kommenden Jahren und wir brauchen einen modernen öffentlichen Dienst - mit guten Arbeitsbedingungen. Sonst wird es nicht gelingen, mehr Menschen für die Arbeit im öffentlichen Dienst zu gewinnen. Und wir brauchen auch eine umfassende Entschuldung unserer Kommunen. Hier müssen wir vorankommen.

Um es mit Fußball zu sagen: NRW läuft bei den Investitionen einem Rückstand hinterher. Und auch, wenn jetzt mit den geplanten Investitionen sozusagen der Anschlusstreffer gefallen ist, liegen wir immer noch hinten. Deshalb werden sich in der zweiten Halbzeit alle elf Spieler auf dem Platz – also alle elf Landesministerien – voll reinschmeißen müssen, um den Ausgleich zu erzielen und vielleicht sogar in Führung zu gehen! NRW darf seine Zukunft nicht verspielen! Dafür werden wir Ihnen, dafür werde ich Ihnen, in den nächsten Jahren auf den Füßen stehen, Herr Ministerpräsident! Das verspreche ich.

Investitionen brauchen wir auch in der Industrie – öffentliche und private. Wir stehen vor der Herausforderung, gleichzeitig eine Krise der Weltwirtschaft und die grüne Transformation stemmen zu müssen. Und das Einzige, was einigen Arbeitgebern dazu einfällt ist: Arbeitsplätze abbauen und Standorte schließen. Tut mir leid: Das ist keine Zukunftsstrategie, das ist eine Kapitulationserklärung.

Jobverluste in der Industrie sind leider keine Gefahr, sondern längst Realität. Wir brauchen deshalb Arbeitgeber, die sich den Herausforderungen stellen – gemeinsam mit den Betriebsräten und Gewerkschaften. Arbeitgeber, die in die Zukunft investieren und auf Innovationen setzen. Die aus- und weiterbilden und die Beschäftigten beteiligen. Die Sozialpartnerschaft pflegen.

NRW hat immer wieder bewiesen, dass es Wandel kann. Hier wird seit 200 Jahren die Zukunft der Arbeit immer wieder neu erfunden und gestaltet. Auch aufgrund der starken Tradition der Sozialpartnerschaft. Sozialpartnerschaft ist immer auch eine Konfliktpartnerschaft, aber getragen von der Überzeugung, dass es gemeinsam besser wird. Diese Tradition will ich fortführen. Denn gerade in der Industrie brauchen wir jetzt eine funktionierende Sozialpartnerschaft.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

denn wir brauchen auch in Zukunft eine starke Industrie im Land und dabei müssen alle zusammen anpacken. Wir dürfen nicht zusehen, wie immer mehr Arbeitsplätze abgebaut, immer mehr Anlagen stillgelegt, immer mehr Buden zugemacht werden. Manche sagen, eine De-Industrialisierung sei unvermeidbar. Ich sage Euch: einer De-Industrialisierung werden wir uns, werde ich mich mit aller Macht entgegenstellen!

Auch die Politik in Land und Bund ist hier gefordert. Es braucht eine aktivere und auch schützende Industriepolitik. Es müssen endlich Maßnahmen nicht nur beschlossen, sondern umgesetzt werden, um die Energiepreise in den Griff zu bekommen. Sonst gehen Chemie und Stahl, Aluminium und Gießereien und viele andere den Bach runter.

Deshalb muss der Industriestrompreis jetzt schnell kommen. Deshalb darf nicht nur geredet, sondern muss endlich gehandelt werden. Es braucht verlässliche und realistischen Rahmen- und Förderbedingungen. Für die Energiewirtschaft, für Elektromobilität, für Wasserstoff und für die Bauindustrie.

Bei der Förderung muss aber gelten: Steuergeld kann es nur gegen Standortgarantien geben und nur für gute Arbeit. Das gilt in der Förderpolitik, das muss aber auch bei öffentlichen Aufträgen gelten. Wir brauchen auch in NRW ein Tariftreuegesetz, das klar macht: Öffentliche Aufträge des Landes und der Kommunen gehen nur an Unternehmen, die nach Tarif bezahlen! Gutes Geld nur für gute Arbeit!

Ich weiß, NRW-Arbeitsminister Laumann ist da dran und ich bin gespannt, was er morgen in seiner Rede zu dem Thema sagen wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

zu den Herausforderungen, vor denen NRW steht, gehört auch das Thema Bildung. Bildung ist die Voraussetzung für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Zukunft unseres Landes. Bildung ermöglicht Teilhabe am gesellschaftlichen und am politischen Leben. Sie ermöglicht Chancen und Aufstieg. Sie ist Voraussetzung für ein erfolgreiches Arbeitsleben.

Dass jeder fünfte junge Mensch in NRW ohne Berufsausbildung bleibt und damit kaum Chancen hat, dauerhaft auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen, muss uns daher umtreiben. Damit dürfen wir uns nicht abfinden!

Gleiches gilt für die frühkindliche Bildung. Ausreichende und bezahlbare Kitaplätze und ein guter offener Ganztags an Grundschulen sind nicht nur für die Kinder wichtig. Sie leisten auch einen wichtigen Beitrag zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Viele Mütter und auch manche Väter arbeiten weniger als sie möchten, weil es an Kinderbetreuung fehlt. Das ist nicht nur schlecht für die Familien, weil sie weniger Geld in der Tasche haben. Und schlecht für die Frauen, weil sie schlechtere Berufs- und Karrierechancen haben. Es ist auch schlecht für die Unternehmen, weil ihnen diese Frauen als Fachkräfte fehlen.

Mangelnde frühkindliche Bildung, schlechte Schulen, fehlende Ausbildungsplätze können wir uns also schlicht nicht leisten. Und trotzdem investiert NRW viel zu wenig in sein Bildungssystem, das ist überall zu spüren, ganz besonders im Ruhrgebiet.

Herr Ministerpräsident, Sie sagen immer wieder, dass Bildung für die Landesregierung höchste Priorität habe. Ich fürchte, Anspruch und Wirklichkeit fallen hier stark auseinander. Und ich kündige jetzt schon an: Darüber werden wir reden müssen, falls die Delegierten mir heute ihr Vertrauen schenken. Da lassen wir Sie nicht raus, da legen wir den Finger in die Wunde!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

klar ist, all das kostet Geld. Eine gute Infrastruktur, einen funktionierenden Sozialstaat, ein modernes Bildungssystem und einen zukunftsfähigen öffentlichen Dienst gibt es nicht zum Nulltarif. Und klar: Die Kassen von Bund, Land und vor allem Kommunen sind knapp. Das heißt aber noch lange nicht, dass es in Deutschland an Geld mangelt. Es ist halt nur nicht da, wo es hingehört.

Während es für Normalverdiener immer schwieriger wird, den Lebensunterhalt zu bestreiten, und für kommunale Haushalte, alltägliche Aufgaben zu stemmen, wissen die Vermögenden in unserem Land gar nicht mehr, wohin mit ihrem vielen Geld.

Nach neuen Zahlen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung verfügen die obersten 10 Prozent der Bevölkerung über 67 Prozent des gesamten Vermögens in unserem Land. Umgekehrt heißt das: 90 Prozent der Bevölkerung hat weniger als ein Drittel Anteil am gesamten Vermögen. Die Reichen werden immer reicher und der Rest schaut in die Röhre – das kann so nicht weitergehen!

Die wirklich reichen Menschen, die Super-Reichen müssen endlich einen höheren Beitrag leisten, damit der Staat in die Zukunft investieren kann. Und lasst euch bitte nichts von Neiddebatten erzählen. Es geht nicht um Neid, es geht um Gerechtigkeit. Um gerechte Beiträge zu den großen Aufgaben, die ich beschrieben habe.

Und es geht darum, wie wir den Laden am Laufen halten, ohne dass sich unsere Gesellschaft immer weiter spaltet. Wir brauchen keine Debatten, in denen Arbeitslose, Geringverdiener und Geflüchtete diffamiert werden und immer weiter nach unten getreten wird. Wir brauchen keine Debatten, wie der Sozialstaat, wie unsere Rente immer weiter zusammengestrichen werden kann. Wir brauchen eine Debatte um ein gerechteres Steuersystem, darüber, wie sehr hohe Vermögen und Erbschaften endlich einen angemessenen Teil beitragen können!

Beides sind übrigens Steuern, die den Ländern zugutekommen. Damit Länder und Kommunen die Möglichkeit haben, die notwendigen Aufgaben zu stemmen und in die Zukunft zu investieren. Daher, liebe Landesregierung, setzen Sie sich bitte für dauerhaft investitionsfreundliche Schuldenregeln ein und vor allem für eine gerechtere Besteuerung sehr hoher Vermögen und Erbschaften!

Gesellschaftliche Ungerechtigkeit und ein Staat, der schwächelt, machen nicht nur unser aller Leben schlechter. Sie führen auch zu Polarisierung und zum Demokratieverdruss. Und wenn dann - wie wir das leider gerade sehen - die Feinde der Demokratie zündeln, dann sind Ungerechtigkeit und ein nicht ausreichend funktionierender Staat ein Brandbeschleuniger.

Unter allen Aufgaben, die zur Zeit vor uns liegen, ist die Bewahrung und Stärkung unserer Demokratie wahrscheinlich die wichtigste. Das ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die geht jede und jeden etwas an.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, wie Sie schon bemerkt haben, spare ich nicht an berechtigter Kritik und werde auch in Zukunft viel von Ihnen und ihrer Landesregierung fordern. Ich verspreche Ihnen aber auch, mit Ihnen an einem Strang zu ziehen, wenn es darum geht, gemeinsam gute Lösungen zu finden und die Gesellschaft zusammenzuhalten. Ihr Eintreten für unser vielfältiges Nordrhein-Westfalen, für eine sachliche Debatte über Migration, für die Verteidigung unserer Demokratie, schätze ich sehr. Ihre klare Kante gegen Rechtsextremismus ist richtig und so wichtig. Lassen Sie uns auch in Zukunft zusammenstehen: Für Offenheit statt Ausgrenzung, für Zusammenhalt statt Spaltung, für Toleranz statt Hass und Hetze.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir Gewerkschaften gehören zu den ältesten Demokratiebewegungen in Deutschland und kaum jemand ist jetzt so wichtig für die Verteidigung der Demokratie, wie wir. Nicht nur, weil wir als DGB die größte politische Bewegung in Deutschland sind und dieses Gewicht immer wieder einsetzen, wenn es darum geht, Rechtsextreme in die Schranken zu weisen. Viele von euch sind vor Ort in Bündnissen gegen rechts aktiv und haben in den vergangenen Jahren Veranstaltungen und Demos auf die Beine gestellt oder unterstützt. Dieses Engagement ist von unschätzbarem Wert.

Aber auch in den Betrieben und Dienststellen wird jeden Tag Demokratie gelebt. Demokratie endet nicht am Werkstor, sie findet eben nicht nur im Parlament statt. Deshalb sind Personalratswahlen und die bald anstehenden Betriebsratswahlen genauso wichtig wie Kommunal-, Landtags- und Bundestagswahlen. Und hier wie da haben rechte Hetzer nichts zu suchen, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Auch deshalb kandidiere ich für den Vorsitz des DGB NRW, um einen Beitrag zur Stärkung und Verteidigung unserer Demokratie zu leisten. Ich habe einige Herausforderungen beschrieben, vor denen wir stehen. Aber so fordernd diese Zeiten auch sein mögen, so überzeugt bin ich, dass wir gemeinsam anpacken, dass wir gute Lösungen finden und durchsetzen werden. Dass wir die Dinge zum Besseren wenden können.

Ich bin überzeugt, dass Gewerkschaften einen Unterschied machen. Wir sind die Stimme von Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Land. Allein in NRW von 1,3 Millionen Mitgliedern. Wir werden gehört und wenn nicht, dann verschaffen wir uns Gehör, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich bin zuversichtlich, dass wir gemeinsam viel bewegen können. Und ich würde mich freuen, dazu meinen Beitrag zu leisten. Deshalb bitte ich um euer Vertrauen und freue mich auf die Zusammenarbeit.

Herzlichen Dank und Glück auf!